

Niederschrift

zur 38. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

| Sitzungsdatum | Sitzungsdauer | Sitzungsort |
|----------------------------|-----------------|----------------------------|
| Donnerstag, den 21.09.2017 | 18.30-22.00 Uhr | Haus "Seeblick", OT Trebus |

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Rene Benz , Monika Fiedler , Jürgen Grasnick , Gerold Sachse , Stephan Wende ,
CDU/FDP-Fraktion

Rolf Hilke ab 18.46 Uhr, Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati , Petra Schumann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke , Matthias Rudolph , Janett Seiler ,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Sebastian Rausch , Klaus Runge , Elke Wagner ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ab 18.55 Uhr,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Anke Marggraf , Christfried Tschepe ,

Gäste

16 interessierte Gäste

Abwesend

Vorsitz

Jürgen Teichmann entschuldigt,

CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel entschuldigt, Reinhard Ksink entschuldigt,

SPD-Fraktion

Stefan Sarrach entschuldigt,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Fiedler, eröffnet die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind zunächst 25 (später 27) Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende trägt vor, dass der Antrag zur Mittelerhöhung für das Stadtfest (dringlich) in der heutigen Sitzung behandelt werden sollte. Es wird gemeinsam verabredet, ihn an TOP 8.1.2. zu setzen.

Des Weiteren stellt der Abg. Hoffrichter den Antrag, die TOP's 8.14 und 8.16 zu tauschen. Der Abg. Wende stellt den Antrag, den TOP 8.16 (Schulbezirkssatzung) von der Tagesordnung zu nehmen, da der Entwurf nach der Schulkonferenz im November wieder auf der TO der STVV stehen wird. Die Verwaltung stimmt zu und so wird über den weiterführenden Antrag des Abg. Wende abgestimmt. Diesem Antrag wird bei 1 Enthaltung einstimmig zugestimmt.

Der Abg. Rudolph gibt ein Statement zum TOP 8.2. (Glasfaseranschlüsse in Schulen) ab und meint, man hätte in mehreren Beratungen die Zusage der Verwaltung erhalten, dass Fördermittel eines Giga-bit-Internet-Anschlusses an den Schulen nach der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der BRD“ beim Landkreis bis in jeden Klassenraum der Städtischen Grundschulen beantragt und erstellt werden sollen. Die BFZ-Fraktion zieht den Antrag deshalb heute zurück.

Weiterhin bittet die BFZ-Fraktion zum TOP 8.3. (Rückzahlung des überzahlten Zuschusses zur Mittagessenversorgung) aufgrund der noch zu tätigen Kalkulationen durch die Verwaltung, diesen TOP heute zurückzustellen.

Die Vorsitzende gibt noch zur Kenntnis, dass der TOP 8.18. richtig Antrag auf Neuerrichtung von drei Windkraftanlagen ... heißen muss.

Die so veränderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zustimmung

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften

TOP 4.1 Bestätigung der Niederschrift vom 20.7.2017

Zustimmung Ja 24 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 4.2 Bestätigung der Niederschrift vom 4.9.2017

Zustimmung Ja 23 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Es liegen keine Informationen der Vorsitzenden vor.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister verzichtet angesichts der umfangreichen Tagesordnung auf Informationen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Giesau (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) spricht zum Bürgerbegehren bzw. zur Erweiterung der Schulkapazität an der Gerhard-Goßmann-Grundschule und moniert, dass für die endlich wachsende Kinderzahl zu wenige Grundschulplätze zur Verfügung stehen. Das von der Verwaltung zur Verfügung gestellte Zahlenmaterial, auf deren Basis die Schulbezirkssatzung entworfen wurde, berücksichtigt nach Ansicht von Herrn Giesau weder Zuzug junger Familien noch die 40 bzw. 50 Kinder, die das Lernziel der Klassenstufe nicht erreichen. Er fragt, ob sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren manifestieren soll. Er betont wiederholt, dass in Fürstenwalde-Süd eine temporäre Erweiterung der Grundschulkapazität um die mindestens drei, vermutlich 6 Jahre bis zum Bau der neuen Grundschule zu überbrücken, notwendig ist. Er meint auch, dass die Forderungen der BFZ-Fraktion nach einer Mensa und drei Fachräumen in Modulbauweise an der Goßmann-Schule oder der in Erwägung gezogenen Nutzung von 2 Klassenräumen im Pneumantforum nicht ausreichen, da die Maßnahmen nicht dazu führen, dass kleinere Klassen und damit eine gezielte Förderung lernschwacher Kinder entstehen.

Das Bürgerbegehren fordert deshalb zusätzlich zu dem BFZ-Antrag die Errichtung einer weiteren ersten Klasse in Fürstenwalde-Süd.

Herr Engel (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) spricht erneut zur geplanten Bebauung des Altstädter Platzes. Die Anwohner haben sich das Verkehrsgutachten angeschaut und haben noch einige Nachfragen, insbesondere zu den Bewertungen der Zufahrt zum Goetheplatz. Er geht auf einige Details wie Gegenverkehr, Fahrradverkehr und Schulwegsicherung und die Parkplatzsituation ein und meint, die Aussagen des Gutachtens seien nicht nachvollziehbar und einzelne Knackpunkte wurden gar nicht berücksichtigt.

Der Fachbereichsleiter Stadtentwicklung, Herr Tschepe, widerspricht der Darstellung und führt aus, dass es ausführliche Diskussionen im Fachausschuss zu dieser Thematik gegeben habe. Das Areal wird weder heute noch mit der Bebauung als überlasteter Bereich eingeschätzt.

Herrn Köntopp (Gemeindevertreter aus Rauen) wird Rederecht zum betreffenden Tagesordnungspunkt (öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Schulträgerschaft) mit 26 Ja, 1 Gegenstimmen und 1 Enthaltung erteilt.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Einbringung von Anträgen durch die Fraktionen

TOP 8.1.1 Platz- bzw. Straßenbenennung nach Siegfried Hirschmann

6/AN/556

Für die einbringende CDU-Fraktion erklärt der Abg. Koch, dass die Entstehung des Reifenwerks in der Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten ist. In der DDR wurde auch nicht kommuniziert, dass es vormals jüdische Eigentümer hatte. Er bittet, durch eine Platz- oder Straßenbenennung Siegfried Hirschmann, den Gründer der Deutschen Kabelwerke, zu würdigen.

Der Abg. Wende hält diesen Antrag für zustimmungsfähig und bittet, entsprechend zu verfahren.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine geeignete Straße oder einen Platz bzw. ähnlich geeignete Orte in der Stadt zu finden, mit dem Ziel der Benennung nach Siegfried Hirschmann.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.1.2 Dringlichkeitsantrag: Mittel für das Stadtfest erhöhen**6/AN/576**

Zu diesem Antrag wird ausführlich diskutiert nachdem Frau Lehmann nochmals einige Erläuterungen zur Mittelverwendung für das kommende Stadtfest gab. Herr Wende ergänzt, dass es darum geht, die Organisation besser auszustatten, weil es so wie bisher mit den 50.000 € (Hinweis der bisherigen Akteure) nicht mehr funktioniert und einen Rahmen festzulegen, in dem man sich dann bewegen könne. Mit einem stehenden Konzept können mehr Partner ins Boot geholt, Sponsoren gewonnen werden etc. Das muss dann in jedem Jahr neu beschlossen werden. In diesem Monat soll noch die Ausschreibung veröffentlicht und die Vergabe in diesem Jahr getätigt werden, insofern wird von den Mitgliedern der AG Stadtfest noch einmal auf die Dringlichkeit verwiesen.

Herr Dippe bringt in diesem Zusammenhang die Rede auch auf das Parkfest und fragt, ob die Mittel dafür dann eingespart werden. Er formuliert den Ergänzungsantrag, keine Mittel für das Parkfest 2018 mehr zur Verfügung zu stellen. Herr Wende spricht dagegen, bittet die Sachverhalte nicht zu verknüpfen und separat über das Parkfest zu entscheiden (Fachausschuss, Haushaltsberatung).

Frau Wagner schließt sich an und schlägt vor, in den Ausschüssen darüber zu diskutieren.

Die eingehende Diskussion veranlasst Herrn Sachse, einen Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion zu stellen. Er bittet um Abstimmung.

Dem wird einstimmig bei 4 Enthaltungen entsprochen.

Abschließend merkt Herr Dippe an, dass zum Parkfest Gesprächsbereitschaft signalisiert wurde. Er wird einen entsprechenden Antrag einbringen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erhöhung des städtischen Zuschusses für das Stadtfest um 30.000 € auf insgesamt 80.000 €. Diese Erhöhung gilt für das Jahr 2018 und wird im Haushalt der Stadt 2018 so ausgewiesen.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.2 Antrag der BFZ-Fraktion: Digitalisierung der Fürstenwalder Schulen 6/AN/536 unterstützen - Glasfaseranschlüsse herstellen**Zurückziehung****TOP 8.3 Antrag der BFZ-Fraktion: Rückzahlung des überzahlten Zuschusses zur Mittagessenversorgung 6/AN/537****Zurückstellung****TOP 8.4 Antrag der BFZ-Fraktion: Abschaffung der Gebühren für die Kitabetreu- 6/AN/538 ung ab dem zweiten Kind**

Herr Rudolph geht noch einmal auf die Diskussion in den Ausschüssen ein und meint, es wurde über die Verbesserung der Qualität, die Personalschlüsselverbesserung und eine Gebührensenkung für alle Kinder diskutiert. Im Ergebnis vermisst er aber daraus resultierende Ansätze zur Umsetzung oder entsprechende Anträge. Deshalb betont er den hier vorliegenden Antrag noch einmal und meint, es wäre ein Anfang, den man sich ab 2019 auch leisten könne.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Runge, nunmehr über den Antrag abzustimmen wird von Herrn Wende als unfair und undemokratisch bezeichnet, da die Diskussion noch gar nicht begon-

nen hat. Der Antrag auf Beendigung der Debatte wird 6 Ja- und 15 Gegenstimmen sowie 5 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Wende meldet sich nochmals zu Wort und meint, die Fraktion DIE LINKE. wird den Antrag in der jetzigen Form ablehnen, da man über weitere Entlastungsmöglichkeiten nachdenken und diskutieren sollte. Herr Zänker meint, man solle besser die Qualität (Personalschlüssel) verbessern, als sich jetzt die Abschaffung der Gebühren zu leisten. Herr Hoffrichter spricht aus eigener Erfahrung und meint, man sei auf dem richtigen Wege. Aber es sei zu bedenken, dass es sich um eine Landesaufgabe handelt, die die Kommune leider nicht allein stemmen kann. Herr Hilke gab auch noch den Hinweis, dass die Kitagebühren steuerlich absetzbar sind.

Angesichts der Redebeiträge beantragt Herr Dippe für die BFZ-Fraktion eine kurze Beratungspause. Dem wird stattgegeben und die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

Danach informiert die einbringende Fraktion, dass offensichtlich große Gesprächsbereitschaft zu diesem Thema besteht. Man wolle sich deshalb noch einmal gemeinsam ins Benehmen setzen, um eine gute Lösung zu finden. Der Antrag wird heute zurückgezogen.

Zurückziehung

TOP 8.5 Antrag der BFZ-Fraktion: Erweiterung der Gerhard-Goßmann- 6/AN/539 Grundschule um eine Mensa und drei Fachräume

Der Bürgermeister gibt zur Kenntnis, dass sich die Schule und der Sportverein inzwischen offen für die alternative Lösung aussprechen und in dem zu realisierenden Sanitärgebäude zwei oder drei Klassenräume untergebracht werden könnten. Diese Möglichkeiten werden derzeit durch die Verwaltung auf Machbarkeit geprüft, um für das Schuljahr 2018/2019 Abhilfe zu schaffen.

Für die Mensa, so Herr Hengst weiter, werden ebenfalls Lösungen geprüft. Die vorhandene Aula könnte genutzt oder Container aufgestellt werden.

Herr Rausch kritisiert, dass es alles noch viel zu vage sei, um heute darüber zu beschließen.

Herr Koch schlägt vor, die beiden Sachen zu entflechten und getrennt zu diskutieren. Herr Dippe schlägt vor, den Beschlussvorschlag dementsprechend anzupassen.

Der Bürgermeister sagt eine Prüfung der baurechtlichen Vorschriften in den nächsten 14 Tagen zu. Sollte es sich herausstellen, dass die Klassenräume nicht im noch zu errichtenden Sanitärgebäude untergebracht werden können, dann werden Container an der Gerhard-Goßmann-Grundschule aufgestellt. Wenn die Doppelnutzung der Aula nicht zustande kommt und andere Alternativen nicht greifen, dann wird auch hier die Containerlösung realisiert. Bis dahin soll es organisatorische Änderungen bei der Essenausgabe geben.

Beschluss:

1. Bis zur Fertigstellung des Schulzentrums in Fürstenwalde Süd, das zwei Grundschulzüge umfassen soll, werden an der Gerhard-Goßmann-Grundschule drei Schulräume in Modulbauweise oder in einer geeigneten Alternative spätestens zum Schuljahresbeginn 2018/2019 errichtet, um den ordentlichen Schulbetrieb zu gewährleisten.

Zustimmung: 24 Ja 0 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen

2. Zur langfristigen Sicherung einer ordentlichen Essensversorgung der Schülerinnen und Schüler an der Gerhard-Goßmann-Grundschule in Fürstenwalde soll diese um eine Mensa erweitert werden. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, unverzüglich mit der Planung der Maßnahme zu beginnen. Bis zur Fertigstellung wird die Stadt die Schule bei der organisatorischen Optimierung der Essenausgabe unterstützen.

Zustimmung: 27 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

**TOP 8.6 Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gegen den 6/DS/577
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019) vom 29.06.2017 (6/DS/518) "Absicherung der Beschulung der im Auswahlverfahren der Gerhard-Goß**

Herr Wende vertritt die Auffassung, dass zunächst die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens beschlossen werden sollte. Danach sollten sich Petenten und Verwaltung zusammensetzen und schauen, was in der Zwischenzeit bereits umgesetzt werden konnte. Es gab am Ausgangspunkt, so Herr Wende weiter, extreme Positionen, die nunmehr durch ausführliche und sachliche Debatten dazu führten, dass alle Seiten sehr aufeinander zugegangen seien.

Beschluss:

Das Bürgerbegehren gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree „Absicherung der Beschulung der im Auswahlverfahren der Gerhard-Goßmann-Grundschule abgelehnten Kinder“ (DS 6/518) ist zulässig.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8.7 Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen aus Altanschließer- 6/DS/569
problematik gegenüber dem Land Brandenburg, hier: Anschluss an das
Musterverfahren**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, der anliegenden Verfahrensverständigung gegenüber dem Ministerium des Inneren und für Kommunales des Landes Brandenburg bis zum 30.09.2017 mit dem in der Anlage 2 enthaltenen Schreiben zuzustimmen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Bürgermeister, im Rahmen des geführten Musterprozesses eine Solidaritätszahlung von bis zu insgesamt 2.000 € an den oder die Musterkläger zu leisten.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.8 Halbjahresbericht zum Vollzug des Haushaltes 2017 6/IV/548

Der Halbjahresbericht wird zur Kenntnis genommen, Erläuterungs- und Diskussionsbedarf besteht nicht.

TOP 8.9 Festsetzung Höchstbetrag Kassenkredit 6/DS/549

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Höchstbetrag des Kassenkredites auf 24,0 Mio. Euro festzusetzen.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.10 Jahresabschluss 2016; hier: Stadtforst Fürstenwalde - Kommunaler 6/DS/547 Eigenbetrieb

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2016 fest.
Zustimmung: 28 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Werkleiter für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen.
Zustimmung: 25 Ja 3 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Gewinn in Höhe von 10.391,64 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.
Zustimmung: 28 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen
4. Mit der Prüfung des Jahresabschluss 2017 wird die Ebner Stolz GmbH & Co.KG beauftragt.
Zustimmung: 28 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

TOP 8.11 Antrag der BSG-Pneumant auf Erweiterung des Sanitärgebäudes im 6/DS/564 Pneumant-Forum

Frau Lehmann erklärt ihre Befangenheit.

Herr Wende bringt für seine Fraktion zum Ausdruck, dass der geplante Rahmen von 1,4 Mio€ für den Bau sehr teuer ist. Das sollte man den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber gut begründen. Der Bürgermeister erläutert, dass noch keine Ausschreibung und keine detaillierte Berechnung vorliegen, so dass die Summe tatsächlich erst einmal einen Kostenrahmen darstellt. Zunächst ist zu klären, ob das Vorhaben gewollt ist. Es soll eine regenerative Energieanlage beinhaltet, um die Betriebskosten gering zu halten. Außerdem wird das Gebäude an die bestehende Sporthalle angebaut, so dass die besonderen Gegebenheiten beachtet werden müssen. All diese Untersuchungen müssen noch getätigt werden, bevor nähere Details feststehen. Er berichtet weiterhin, dass in die Zukunft der Sportanlage investiert würde. Das Sportzentrum Pneumant und die Nutzung der gesamten Anlagen (andere Vereine, Borussia etc.) werden auch in den nächsten 10 bis 20 Jahren an Zusage gewinnen. Ggf. wird sich die Summe reduzieren, wenn feststeht, ob dort temporär zunächst Klassenräume mit eingerichtet werden können.

Auf die Nachfrage des Abg. Hamacher zum Bauherren antwortet Herr Hengst, dass die Stadt zwar Eigentümerin des Grundstücks ist, die BSG-Pneumant aber die Förderanträge stellen muss. Voraussetzung hierfür ist ein 25jähriger Nutzungsvertrag ab Fertigstellung mit der Stadt. Die Stadt unterstützt den Verein bei der Errichtung des Gebäudes im Rahmen der administrativen Bauausführung. Der Bürgermeister bittet um ein Votum, ob in der vorgeschlagenen Richtung weitergearbeitet werden kann. Man könne die aufgeworfenen Fragen dann in der November-Sitzung beantworten.

Herr Sachse erinnert an den Beschlussvorschlag, in dem es heißt, die Mittel zunächst in den Haushaltsplan 2018 einzustellen. Er hält den heutigen Beschluss deshalb für unschädlich.

Erneut kritisiert Herr Rausch, dass man sich hätte mit dieser Thematik viel eher auseinandersetzen müssen. Ihm ist der Vorschlag noch zu vage und er appelliert, für diesen Standort ein Gesamtkonzept zu entwickeln.

Herr Apitz erinnert an die fällige Sportstättenutzungskonzeption.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bereitstellung von zusätzlichen Eigenleistungsanteilen in Höhe von 630.000 Euro im Haushaltsplan 2018 einzustellen.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 10 Befangen 1

TOP 8.12 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Städten 6/DS/567 Storkow (Mark) und Fürstenwalde/Spree. Hier Übernahme Rechnungsprüfung durch Fürstenwalde/Spree

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss der anliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Storkow (Mark) zu.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.13 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Städten 6/DS/566 Storkow (Mark) und Fürstenwalde/Spree. Hier: Übernahme des Datenschutzes durch Storkow (Mark)

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss der anliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Storkow (Mark) zu.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.14 Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen zur Übertragung der 6/DS/550 Schulträgerschaft für Grundschulen auf die Stadt Fürstenwalde/Spree mit den Gemeinden Langewahl, Rauen und Steinhöfel

Herr Wende bittet im Namen der Fraktion DIE LINKE, heute nicht über diese Vereinbarungen zu entscheiden, weil es gilt, eine Grundschulentwicklungskonzeption zu erarbeiten, Steuerungsinstrument, Ziele und Regularien in diese Verträge einzuarbeiten. Fürstenwalde sollte sich gleichberechtigt mit den Umlandkommunen ins Benehmen setzen, um sich über die Steuerungsinstrumente zu unterhalten. Er beantragt, diese Beratungsdrucksache heute von der Tagesordnung zu nehmen.

Nun wird Herrn Köntopp (Gemeindevertreter Rauen) Rederecht erteilt. Er informiert, dass die Gemeindevertreter Rauens diese Vereinbarung erst vor wenigen Tagen erhalten haben. Auch er bittet, sich gemeinsam zu beraten und noch nicht heute darüber zu befinden. In den kommenden Jahren werden 3 bis 4 Kinder nach Fürstenwalde zur Schule kommen und die sollten in die eine oder andere Schule gehen können.

Der Bürgermeister stellt in diesem Zusammenhang klar, dass die Verwaltung allein den Stadtverordneten und der Stadt Fürstenwalde verpflichtet ist. Der Ansprechpartner in den benachbarten Kommunen ist für die Verwaltung die jeweilige Gemeinde- oder Amtsverwaltung.

Herr Politz führt aus, dass die öffentlich-rechtlichen Verträge die Grundlage für die Schulbezirkssatzung darstellen und ein Genehmigungsverfahren bei der Kommunalaufsicht durchlaufen. Die

Schulbezirkssatzung wird in jedem Jahr neu zu erstellen sein und regelt u.a. wo welche Kinder in welchem Einzugsgebiet leben. Wenn man nun für Rauen sowohl die Goßmann- als auch die Fontane-Grundschule öffnet, wären das nur für Rauen zwei deckungsgleiche Schulbezirke. Das müsste dann auch für die Fürstenwalder Kinder erlaubt werden. Zur Geschwisterkindregelung erinnert er an den Auftrag der Stadtverordneten zu schauen, wie diese Eingang in die Schulbezirkssatzung finden kann. Die Verwaltung hat das geprüft und festgestellt, dass eine solche Regelung rechtlich nicht möglich ist. Das trifft dann auch gleichzeitig auf die öffentlich-rechtlichen Verträge zu.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wird herausgearbeitet, dass der Auftrag (Herr Wende zitiert nochmal den gefassten Beschluss zu einer einvernehmlichen Lösung mit den Umlandkommunen) durch die Verwaltung nicht ausreichend abgearbeitet und umgesetzt wurde. Eine Reihe von Fragen bleibt offen. Herr Wende betont, dass die Einvernehmlichkeit noch nicht so hergestellt ist, wie sie den Stadtverordneten wichtig ist. Er beantragt deshalb, diesen TOP noch einmal in die Ausschüsse zu verweisen. Es geht auch darum, die Grundschulentwicklungsplanung nicht nur aus Fürstenwalder Sicht umzusetzen, sondern auch hier die umliegenden Gemeinden zu beteiligen. Der Bürgermeister betont aber noch einmal, dass es keinen direkten Kontakt zu den Gremien der Umlandgemeinden geben wird. Die Ebene der Verwaltung ist die Amts- bzw. Gemeindeverwaltung, die sich dann intern wiederum mit ihren Gremien rückkoppeln muss.

Die Vorsitzende bringt die Sprache auf den eingangs gestellten Antrag von Herrn Wende zur Rückverweisung in die Ausschüsse und lässt darüber abstimmen.

Verweisung Ja 26 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.15 Übertragung der Trägerschaft für zwei Züge der Primarstufe im Rahmen 6/DS/551 der Errichtung eines Schulzentrums in Fürstenwalde Süd

Herr Rudolph merkt an, dass dieser Beschluss obsolet wäre, wenn das Schulzentrum nicht umgesetzt würde. Er fragt nach, ob der Beschluss aber zurückgezogen werden könnte, wenn die praktische Umsetzung nicht dem Ansinnen der Stadtverordneten entspricht.

Der Abg. Wende meint, der Landkreis würde das Schulzentrum nur dann errichten, wenn er die Schulträgerschaft übertragen bekommt. Ansonsten kann das Schulzentrum nicht beantragt werden. Der Abg. Hilke informiert, dass es eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Landkreis geben muss, in der entsprechende Regelungen festgelegt werden. Diese wird durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Momentan geht es darum, den Landkreis in die Lage zu versetzen, bei der Landregierung Fördermittel zu beantragen.

Beschluss:

Die Stadt Fürstenwalde/Spree überträgt zur Umsetzung eines Schulzentrums in Fürstenwalde Süd die Trägerschaft für die Beschulung von zwei Zügen im Primarbereich entsprechend der in der Schulentwicklungsplanung festgestellten Bedarfe auf den Landkreis Oder-Spree.

Die Übertragung wird mit dem Schuljahr wirksam, in dem das Schulzentrum mit dem Grundschulteil den Betrieb aufnimmt.

Zustimmung Ja 25 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 8.16 Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen der 6/DS/552
Stadt Fürstenwalde/Spree**

Vertagung

TOP 8.17 Grundstücksangelegenheit: Ankauf Trebuser Straße 60

6/DS/565

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt das Grundstück in der Trebuser Straße 60 vom Landkreis Oder-Spree zu einem Kaufpreis in Höhe von 244.000,00 € zzgl. Nebenkosten zu erwerben. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 270.00,00 € wie folgt:

- | | |
|--|-----------------|
| 1. Aus der Maßnahme „Zugang Grundstücke (bebaute)“ | 61.000,00 € |
| Maßnahmenummer: | 460 0000 00 001 |
| Kostenträger: | 111 70 20 |
| Sachkonto: | 15 100 00 |
| 2. Aus der Maßnahme „Zugang Straßen“ | 29.000,00 € |
| Maßnahmenummer: | 460 0000 00 001 |
| Kostenträger: | 541 10 10 |
| Sachkonto: | 04 110 10 |
| 3. Aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ (STEP) | 180.000,00 € |
| Maßnahmenummer: | 461 PR03 01003 |
| Kostenträger: | 511 30 20 |
| Sachkonto: | 23 510 00 |

Zustimmung Ja 26 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.18 Antrag auf Neuerrichtung von drei Windkraftanlagen hier: Gemeindliches Einvernehmen gemäß § 36 Baugesetzbuch und Antrag auf Zurückstellung gemäß § 15 Abs. 3 Baugesetzbuch 6/DS/568

Herr Rudolph merkt an, dass die BFZ-Fraktion dem Beschluss grundsätzlich zustimmen wird, um die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils Trebus und Molkenberg zu schützen, auch wenn ggf. Regressansprüche auf die Stadt zukommen könnten.

Der Bürgermeister erklärt, dass die gemeinsam festgelegte Vorgehensweise keine Garantie dafür ist, dass die drei Windkraftanlagen nicht gebaut werden.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, für die Windkraftanlagen 3 und 5 das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 Baugesetzbuch zum beim Landesamt für Umwelt unter der Registriernummer G04717 geführten Antrag auf Neuerrichtung von drei Windkraftanlagen zu versagen.

Zustimmung: 27 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, einen Antrag auf Zurückstellung gemäß § 15 Abs. 3 Baugesetzbuch für die Windkraftanlage 4 im beim Landesamt

für Umwelt unter der Registriernummer G04717 geführten Antrag auf Neuerrichtung von drei Windkraftanlagen bei dieser Behörde zu stellen.

Zustimmung: 28 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

3. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, im Fall der Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens für die Windkraftanlagen 3 und 5 einen Antrag auf Zurückstellung gemäß § 15 Abs. 3 Baugesetzbuch für die Windkraftanlagen 3 und 5 im beim Landesamt für Umwelt unter der Registriernummer G03317 geführten Antrag auf Neuerrichtung von drei Windkraftanlagen bei dieser Behörde zu stellen.

Zustimmung: 28 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

TOP 8.19 öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit zur Verbesserung der Breitbandinfrastruktur zwischen dem LOS und der Stadt 6/DS/531

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, die beiliegende öffentlich-rechtlich Vereinbarung über die Zusammenarbeit zur Verbesserung der Breitbandversorgung und der Breitbandinfrastruktur zwischen dem Landkreis Oder-Spree abzuschließen.

Zustimmung Ja 28 Nein 8 Enthaltung 8 Befangen 8

TOP 8.20 Abberufung von Frau Stiebe als stellvertretende Rechnungsprüferin 6/DS/529

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beruft Frau Annett Stiebe als stellvertretende Rechnungsprüferin der Stadt Fürstenwalde/Spree mit sofortiger Wirkung ab.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.21 Informationen zur Teilnahme am Wettbewerb "StadtRaumGrün"

Herr Tschepe legt dar, dass sich die Verwaltung mit dem Projektvorschlag „Nordpark Kleine Freizeit“ bzw. dessen Arrondierung am Wettbewerb „StadtRaumGrün“ beteiligen wolle. Im Stadtentwicklungsausschuss wurde das ausführlich dargestellt und fand Zustimmung. Die einbringende SPD-Fraktion erklärt sich damit ebenfalls einverstanden und verzichtet auf die heutige Beschlussfassung.

Zustimmung

TOP 8.22 Ausführungsbeschluss zum Ausbau des Domumfeldes im Bereich der Schulstraße, des Paradeplatzes, des Domplatzes zwischen Paradeplatz und Domstraße, des kleinen Platzes am Dom und des Domplatzes zwischen Domstraße und Domgasse 6/DS/557

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Ausführung des Bauvorhabens Schulstraße wird, entsprechend vorliegender Ausführungsplanung, beschlossen.
2. Die Ausführung des Bauvorhabens Paradeplatz, Domplatz zwischen Paradeplatz und Domstraße, kleiner Platz und Domplatz zwischen Domstraße und Domgasse wird, entsprechend vorliegender Ausführungsplanung, beschlossen.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

**TOP 8.23 Bebauungsplan Nr. 63 "Klettergarten Dr.-Wilhelm-Külz-Straße" hier: 6/DS/545
Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 63 „Klettergarten Dr.-Wilhelm-Külz-Straße“ vom 11.06.2009 für den Bereich der Flurstücke 61 tw, 122 tw, 123 tw, 127 tw, 131 tw der Flur 31; Flurstück 7 tw der Flur 94; Flurstück 11 tw der Flur 106; Gemarkung Fürstenwalde/Spree.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.24 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Klettergarten) hier: Aufhebung des Einleitungsbeschlusses 6/DS/546

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Aufhebung des am 11.06.2009 gefassten Beschlusses zur Einleitung der 14. Flächennutzungsplanänderung.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8.25 Bebauungsplan Nr. 90 "Wohnen am Altstädter Platz" 6/IV/544
hier: Sachstand der Planung**

Herr Tschepe geht noch einmal auf die in der Einwohnerfragestunde geäußerten Anmerkungen zum Verkehrsgutachten ein und berichtet, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung wiederholt durchgeführt und in diesem Zusammenhang auch das Verkehrsgutachten zur Beurteilung vorgelegt wird. Hier besteht dann die Möglichkeit, Einwände zum Verfahren vorzutragen.

Zur weiteren Verfahrensweise (Nachsteuerung und Korrektur der Fehler im Verkehrsgutachten) befragt, meint Herr Tschepe, dass es sich aus Sicht der Verwaltung nicht um offensichtliche Fehler handelt. Hier geht es eher um unterschiedliche Bewertung der Verkehrsmengen und der Belastungssituation für die Anwohner.

Kenntnisnahme

TOP 8.26 Grundsatzbeschluss der Freianlagengestaltung im Bereich des Jagd- 6/DS/543 schlossensembles

Die BFZ-Fraktion wirft noch einige Nachfragen (Nutzung des öffentlichen Parkplatzes, Einflussnahme des Pächters bei der Außengestaltung) auf, die Herr Tschepe beantwortet. Momentan möchte der Käufer des Proviantamtes und des Magazingebäudes das eine oder andere Detail der Planung noch geändert haben. Dazu sei man gemeinsam im Gespräch. Für den Pächter des Jagdschlusses und Mitnutzer der Außenanlagen ist es Teil des Planungsprozesses, neuere Entwicklungen und Erkenntnisse einfließen zu lassen. Der Bürgermeister ergänzt, dass es bei der notariellen Beurkundung noch keine Hinweise auf Planungsänderungen gab. Die Planungshoheit liegt bei der Stadt Fürstentwalde und es muss geschaut und bewertet werden, ob ggf. Änderungsvorschläge berücksichtigt werden können. Der öffentliche Parkplatz kann auch durch MitarbeiterInnen des Objektes genutzt werden.

Beschluss:

Die Stadtverordneten beschließen zum Bauvorhaben „Sanierung und Umbau des Jagdschlusses“ in der Schlossstraße 13 die Beauftragung der Planungsleistung Freianlagen für die Leistungsphasen 3 bis 5 nach HOAI, auf der Grundlage der Vorplanung.

Zustimmung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.27 Grundsatzbeschluss für das Bauvorhaben Herstellung Heuweg 6/DS/562

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung billigt die Vorplanung für das Bauvorhaben Herstellung Heuweg (Baukosten rund 120.000 €) und beauftragt die Stadtverwaltung, die für den Ausführungsbeschluss erforderlichen Leistungsphasen 3 bis 5 zu beauftragen.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.28 Grundsatzbeschluss über die Vorplanung zur Erschließung des 2. Bau- 6/DS/560 abschnittes des Wohnbaugebietes Ketschendorfer Feldmark

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung billigt die Vorplanung zur Erschließung des 2. Bauabschnittes des Wohnbaugebietes Ketschendorfer Feldmark (Baukosten rund 908.000 €) und beauftragt die Stadtverwaltung, die für den Ausführungsbeschluss erforderlichen Leistungsphasen 3 bis 5 zu beauftragen.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.29 Grundsatzbeschluss für das Bauvorhaben Herstellung Krausestraße 6/DS/561

Herr Tschepe hatte im Stadtentwicklungsausschuss die detaillierte Gehwegsplanung vorgestellt und bis heute um eine Meinungsbildung gebeten.

Die Fraktion DIE LINKE favorisiert weiterhin den Vorschlag des einseitigen Gehwegebaus. Ab dem

Bereich Neue Straße sollte der Gehweg auf der Seite des Altbestandes der Bebauung realisiert werden.

Herr Tschepe präzisiert, dass der Gehweg im Abschnitt zwischen der öffentlichen Grünanlage und der Langewahler Straße auf der Seite zur Neubebauung hin nicht realisiert wird. Dieser evtl. Änderungsauftrag wird dann so berücksichtigt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zunächst, diesen Änderungsauftrag in die Planung aufzunehmen.

Zustimmung 27 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

Nunmehr wird über den gesamten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung billigt die Vorplanung für das Bauvorhaben Herstellung Krausestraße (Baukosten rund 435.000 €) und beauftragt die Stadtverwaltung, die für den Ausführungsbeschluss erforderlichen Leistungsphasen 3 bis 5 zu beauftragen.

Zustimmung mit Änderung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Frau Wagner regt die Einbeziehung der SPIKO mit Kinder- und Jugendbeteiligung der Schule in die Spielplatz/Schulhofgestaltung der Theodor-Fontane-Grundschule an, der nach Fertigstellung auch z.T. öffentlich genutzt wird.

Herr Hoffrichter gibt den Hinweis, dass sich die Dr.-Goltz-Straße (zwischen Trebuser und Ernst-Thälmann-Straße) in einem sehr schlechten Zustand befindet. Er fragt nach geringen Eingriffsmöglichkeiten, um den Zustand aufzuwerten.

Herr Petenati möchte einen Überblick über die Ausreichung der Fraktionsmittel (Verwendungszweck) haben.

Herr Zänker bezieht sich auf die Fernsehaufzeichnung zur Gerhard-Goßmann-Grundschule. Ihn interessierte in diesem Zusammenhang wie viele Kinder in nicht für sie zutreffenden Klassen beschult werden.

Herr Hamacher weist darauf hin, dass sich im Tränkeweg größere Mengen von Müll angesammelt haben. Er fragt, ob dagegen etwas unternommen werden kann.

Der Bürgermeister vermutet, dass es sich um Grundstücke handelt, die momentan durch einen Insolvenzverwalter betreut werden, der sich darum kümmern müsste. Sowohl Verwaltung als auch Landkreis, der dafür zuständig ist, haben die Problematik im Blick.

Herr Benz regt eine Querungshilfe bzw. letzte Pflasterarbeiten im Bereich der Lotichiusstraße rechts zur Fahrradbrücke hin.

Herr Tschepe verweist auf eine Reihe von Gehwegergänzungswünschen, auch die genannte Maßnahme ist in diesem Katalog enthalten und soll vor Wintereinbruch beseitigt werden.

Herr Hemmerling fragt zum Arbeitsstand bzw. einer Interimslösung für die Ampelanlage an der Kreuzung J.-Marchlewski-Straße.

Herr Tschepe berichtet, dass der jetzige Zustand nicht befriedigen kann. In den nächsten Jahren ist eine Neuplanung des gesamten Kreuzungsbereiches (Kreisverkehr) angedacht. Momentan soll bis dahin das neue Steuerungsgerät aus Haushaltsmitteln 2017 für die Ampelanlage angeschafft werden. Für diese alte Anlage muss dieses Ersatzteil neu konzipiert und hergestellt werden, so dass sich die Reparatur noch einige Monate hinziehen kann.

Herr Hemmerling bittet, diese Thematik nochmals im Fachausschuss aufzugreifen und eine kurzfristige temporäre Lösung zu finden. Herr Wende ergänzt, auch die Kreisverkehrslösung dort nochmals vorzustellen.

Herr Rudolph fragt nach Mitschnitten/Protokollen der Bürgerdialoge in den Ortsteilen. Herr Mörsel, so der Bürgermeister, hat die Protokolle fertiggestellt und sie werden zeitnah zur Verfügung gestellt.

Herr Rudolph erinnert an die Nachfrage zum Weg Onkel Tom's Hütte. Er hat noch keine schriftliche Beantwortung erhalten.

Herr Rudolph erinnert an die Terminstellung für die Überarbeitung der Hauptsatzung und GeschO.

Herr Rudolph fragt nach Plänen, die die Neugestaltung des Schulhofes der Gerhard-Goßmann-Grundschule beinhalteten. Er berichtet, dass die Abgänger der 6. Klasse der Schule eine „Schmuckmauer“ als Abschiedsgeschenk gestalten möchten. Er möchte sicherstellen, dass diese dann in das Neugestaltungskonzept passt.

Herr Tschepe nimmt die Anfrage mit und meint, man sei offen für derartige Ideen und werde schauen, dass sie ins Konzept passen.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Frau Fiedler dankt den Gästen und Anwesenden für den Besuch im OT Trebus. Sie bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 15 Seiten.

Monika Fiedler

Franka Koch

Stellv. Vorsitzende

Schriftführerin